

Börsen - und Handelsteil

Anhang von Mietlhe - Ablösungsschuld und Auslösungsberechtigung durch das Reich.

Der Reichsfinanzminister veröffentlicht, wie bereits gemeldet, im "Deutschen Reichsanzeiger" Nr. 223 vom 24. September eine Bekanntmachung, nach der er bis auf weiteres bereit ist, unter gewissen Voraussetzungen Anleihe-Ablösungsschuld- und -Auslösungsbrechte läufig zu erwerben. Der Kauf ist auf solche Altbesitzer beschränkt, die mindestens 65 Jahre alt sind, die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und im Inlande wohnen, wenn sie oder ihr verstorbener Ehegatte die Auslösungsbrechte als Altbesitzer angestellt erhalten und, im Jahre 1925 nach ihren Steuererklärungen kein höheres Einkommen als 3000 Reichsmark sowie kein größeres Vermögen als 20 000 Reichsmark besessen haben. Der Kaufpreis beträgt für je 12,50 Reichsmark Anleihe-Ablösungsschuld- und -Auslösungsbrechte 40 Reichsmark, was einer achtprozentigen Aufwertung auf den Nennbetrag der alten Markanleihen berechnet, gleichkommt. Das Angebot kann insofern als günstig bezeichnet werden, als es über dem zurzeit im Börsenfreiverkehr für Auslösungsbrechte genannten Preise liegt; für Altbesitzer mit Einkommen von weniger als 800 Reichsmark im Jahre 1925 dürfte aber ein Verkauf nicht zu empfehlen sein, da durch einen solchen das nur diesen Altbesitzern zustehende Recht auf die Vorzugsbrente verloren geht. Der Kauf ist auf die Höchstsumme von 500 Reichsmark Nennbetrag der Ablösungsschuld gleich 20 000 Mark Nennbetrag der alten Anleihe im Einzelfalle beschränkt, so daß also nie mehr als 1600 Reichsmark zur Auszahlung gelangen können.

Der Ankauf im Rahmen der vorstehenden Bestimmungen erfolgt vom 4. Oktober 1926 an durch die Finanzämter, die für die Einkommensteuerung des Verkäufers zuständig sind. Für Verkäufer, die im Saargebiet wohnen, erfolgt der Ankauf durch den deutschen Finanzkommissar für das Versorgungswesen in Saarbrücken. Wer seine Anleiheablösungsschuld verkaufen will, muss sich zunächst auf seiner Polizeibehörde eine polizeiliche Bescheinigung über seine Staatsangehörigkeit, sein Alter und seine inländische Wohnung besorgen; dann ist eine weitere Bescheinigung über die dem Verkäufer angeteilten Stücke der Anleiheablösungsschuld und -Auslösungsscheine beizubringen, die die Vermittlungsstellen ausstellen, bei denen seinerzeit die alten Markanleihen eingereicht sind. Mit beiden Bescheinigungen und den zu verkaufenden Papieren begibt sich der Altbesitzer zu seinem Finanzamt, wo er noch eine Erklärung über seine Einkommens- und Vermögensverhältnisse auf einem bei dem Finanzamt bereitliegenden Vordruck abzugeben hat. Er erhält alsdann in der Regel den Kaufpreis bei der Finanzkasse sofort bar ausgezahlt, da die Finanzämter ausdrücklich angewiesen sind, sowohl den Inhalt der polizeilichen Bescheinigungen und der Bescheinigungen der Vermittlungsstellen als richtig zu unterstellen, wie auch die Erklärungen der Verkäufer über ihre Einkommens- und Vermögensverhältnisse nur dann nachzuprüfen, wenn offensichtliche Bedenken gegen die Richtigkeit der Angaben bestehen.

Gläubiger, deren Anleihe-Ablösungsschuld- und -Auslösungsberechte im Reichsschuldbuch eingetragen sind, haben sich ebenfalls mit einer polizeilichen Bescheinigung aus ihr Finanzamt zu begeben, dort eine Erklärung über ihre Einkommens- und Vermögensverhältnisse abzugeben und die Eintragung der im Reichsschuldbuch eingetragenen Ablösungsschuld auf das Reich zu beantragen. In diesen Fällen kann die Auszahlung erst erfolgen, nachdem die Umschreibung im Reichsschuldbuch auf das Reich erfolgt ist. Die Auszahlung erfolgt ebenfalls durch die Kundenklassen. Dr. S.

Die Schweizer Wirtschaftsnotte.

Nach allen offiziösen und wirtschaftlichen privaten Mitteilungen aus der Schweiz hat sich die Lage des Landes noch nicht wesentlich verbessert. Die Produktion der Industrie konnte sich nicht vergrößern, da sowohl der Inlandsbedarf wie die Exportchancen sich gleich blieben. Die augenblicklich gespannte Wirtschaftslage in England, welches Land als Hauptabsatzmarkt Schweizer Produkte galt, die noch nicht genügend große Aufnahmefähigkeit Deutschlands und die französischen, belgischen und italienischen Nachbarländer beeinträchtigen die Ausfuhr. Im besten Falle wird auf Vorrat seitens der Industrie gearbeitet. Ein wenig hat sich die Lage der Maschinenfabriken verbessert durch die Bestellungen der Bundesbahnen, und es dürfte diese Situation so lange anhalten, als die Elektrifizierung des Bahnhanges aktuell bleibt. In der Uhrenindustrie hat sich die Ausfuhr nach Deutschland um zehn Prozent gehoben. Die Krise in der Sankt Galler Textil- und Spinnereiindustrie dauert noch an. Die Fabrikation seidener Bänder liegt darnieder, da England wenig als Käufer austritt und Frankreich nichts einführt infolge der Frankenkreiselpression. Etwas weniger schlimm ist die Lage der Seidenwebereien, besonders in Kunstseide-Artikeln. In gewebten Waren ist der Export durch die hohen englischen Zölle gebremst. Nur in der Industrie der Milchfabriken ist eine Besserung eingetreten. Schlechter jedoch ist die Situation für den Absatz an Schokoladenfabrikaten, da der Fremdengenuß nach der Schweiz gesunken ist. In diesen Artikeln ist auch die Konkurrenz des Auslandes zu spüren. Die Folgen dieser wirtschaftlichen Lage sind eine zunehmende Geldflüssigkeit. Da das Schweizer Kapital keine lohnenden Anlagemöglichkeiten im Auslande hat, betätigt es sich an der Börsenspekulation. Der Bankdiskont dürfte infolge der Geldflüssigkeit vor einer weiteren Herabsetzung stehen.

Berliner Schluss- und Nachbörsen vom 29. September.

Im weiteren Verlaufe der Woche wurde die Haltung vorübergehend etwas unsicher, da Gewinnnahmen einen leichten Druck auf die Kurse ausübten. In der zweiten Stunde setzte jedoch eine neue Befestigung ein, die ihren Ausgang von angeblichen Käufen des Rheinlandes in Montanwerten nahm. Das Geschäft beschränkte sich später im wesentlichen auf Kohlenaktien, J. G. Harbenindustrie, Th. Goldschmidt (+ 5 %), Poewe und den Markt der ausländischen Staatsrenten. Schiffsaktien wurden infolge der Lohndifferenzen mit den Hafenarbeitern vernachlässigt und eher realisiert. Privatbildung kurze und lange Sicht 5,125 %. An der Nachbörsle traten gegenüber den amtlichen Schlusskursen kaum noch Veränderungen ein. Einige Nachfrage bestand noch Darmstädter Bank mit 228 per Ultimo und 228,5 per Medio. Hypothekenbankaktien gingen bei der Anatoliz durchweg um 2 bis 3 % an. In Harbenindustrie-Aktien länden Umsätze mit 284,5 per Ultimo und 285,75 per Medio statt. Orenstein fiel 111,5. Große Nachfrage, die von Frankfurt a. M. aufgegeben soll, lag nach Anatolischen Renten vor. Im eingehenden nannte man nachbörslich u. a. Harpener 160,5, Rheinstahl 158,25, Gelsenkirchen 172,75, Phönix 117, Erdöl 158,75, Oberholz 119,5 per Ultimo, 120 per Medio, A. G. G. 150,25, Siemens 100, Bergmann 155, Poewe 191,5, Klöckner 124,025, Mannesmann 148,5, Norddeutscher

Am Kassamarkt war die Haltung ausgesprochen fest. Bevorzugt wurden Kohlenaktien, die bis 4,5 % gewannen, einige chemische Werte und verschiedene Einzelpapiere. Höher notierten u. a. Vereinigte Glanzstoff 6, Hemberg 2,75, Bähr & Stein 5, Reiß & Martin 4, Stettiner Chamoite 3,75, Polack 4, Magdeburger Bergwerk 4,25, Anhalter Kohlen 2, Eintracht-Braunkohlen 1, Braunschweiger Kohlen 2, Chemische Schüter 4,5, A. G. f. Verleih 2, Tritonwerke 2,75 %. Dagegen verloren u. a. Hindrichs-Kufermann 3, Wrede-Mälzerei 6, Bayrische Granit 5, Deutsche Steinzeug 2, Norddeutsche Eiswerke 3, Plauener Gardinen 1 %. Am Markt der lebensmittelhaften Werte isolaten einige Goldschmiedkriege bessere Kurse.

Frankfurter Abendblätter vom 29. September

Die Abendbörsé, die auf allen Märkten einen regen und festen Verlauf nahm, war gekennzeichnet durch eine ganz bedeutende Umschäftigkeit im Auslande. Der Rentenmarkt unter Führung von Anatolier zeigte für alle Kategorien der Werte dieses Marktes eine gesteigerte Nachfrage, so daß es zu einer hauptsächl. Bewegung kam. Auch der Aktienmarkt war befestigt bei allerdings nur geringen Kurzbesserungen. Deutsche Renten gleichfalls etwas höher. Stahlvereinaktien 149,5. Die Abendbörsé schloß fest und lebhaft. Bproz. Reichsbankanlei 0,515, 3½proz. Reichsbankanlei 0,825, 4proz. Preußische Konsolet 0,492%, Schuhgebietssanleihe 6,5, Administration 15,5, Anagoteller I: 82, II: 28,75, III: 26, Hollstürken 16,75, Türken 06 16, Monastir 27,87, bproz. Rumänen 13,5, 4proz. 1800er (Talon): 15,75, 1889: 8,4, 1890: 11,25, 1898: 11,25, 1910er (Talon): 17,5, 1905er (Talon) 11,30, Konvertierte Rumänen 8,9, Ungarische Goldrente 23,5, 1914er Ungarn 22,5, Lemberger 15,25, Darmstädter Bank 222, Deutsche Bank 168, Diskonto 118, Dresdner Bank 141,5 (alles per Ultimo), Norddeutschland 158, Huberus Ultimo 96, Deutsch-Euremberger Ultimo 155, Schwellert 161, Selskenkirchen Ultimo 171,5, Garpenet Ultimo 170, Albedinerwerke 124, Mannesmann 144,25, Mansfelder 118,25, Phönix 117, Rheinische Braunkohle 222,5, Rheinstahl 159, Riebed 154,5 (alles per Ultimo), Laura 56, Adlerwerke 91,75, H. C. G. Ultimo 160, Daimler Ultimo 84,75, Scheibleranstalt Ultimo 174,5, Deutsche Erdöl Ultimo 154,5, Garbenindustrie Ultimo 288,25, Hesten Ultimo 159,5, Goldschmidt Ultimo 180,75, Lahmeyer Ultimo 148, Metallgesellschaft Ultimo 154, Neckarzulm 97,5, Siemens & Halske Ultimo 201, Badischer Guider 100, Frankenholzer Guider 79, Offstein-Guider 125, Stuttgart Guider 100. — Nachbörsé: Ungarische Goldrente 23,5, Bagdad II 24,87, Lechwerke 117.

Chemnitzer Produktenbüro vom 29. September.

Wetzen 170 bis 170, zweigen 173 bis 200, **Wicken**, gewicht 207 bis 217, niederländischer und preußischer 230 bis 240, **Sommergerste** 220 bis 250, **Wintergerste** 185 bis 195, **Hafer**, alter 210 bis 220, neuer 175 bis 185, **Raid**, amerikanischer 190 bis 196, **Cinquantine** 205 bis 220, **Weizenmehl** 48, **Hoggenmehl** 38, **Weizenfleie** 10,25, **Hoggenfleie** 11,25, **Wiesenheu** 11, **Getreidestroh**, brahigepreßt 4,50, **Reichsmark**.

London, 29. September, 8,50 Uhr engl. Zeit. Devil's Gurkha
 New York 485^{1/2}, Montreal 484,875, Amsterdam 12,11,875, Varia
 173,25, Brüssel 180,875, Italien 127,75, Berlin 20,87, Schweiz 25,00,75,
 Spanien 81,97, Kopenhagen 18,27,50, Stockholm 18,14,25, Oslo 22,14,25,
 Lissabon 25,8, Helsingfors 19^{2/3}, Prag 163^{1/2}, Budapest 27,75,
 Belgrad 27,5, Sofia 6,70, Rumänien 85, Konstantinopel 85, Athen
 407,50, Wien 34,87, Warschau 42,50, Buenos Aires 45,00, Rio de
 Janeiro 7,87, Alexandrien 87,50, Hongkong 2,1, Shanghai 2,7,50.

Newyork. 29. September. Devisenkurse. Berlin 28,89,25.
London Schell 485,25. Noria 280. Schmelz 19,83. Italien 380. Holland

London-Sabel 486,25, Paris 280, Schweiz 19,33, Italien 380, Holland 40,06, Wien 14,06 bis 14,12 nom., Budapest 14,06 bis 14,12 nom., Prag 206,25, Belgrad 177, Sarajevo 11,00, Oslo 21,91, Kopenhagen 21,86, Stockholm 26,74, Brüssel 200, Madrid 15,18, Helsingfors 252, Budapest 52,00, Privatdiätfont 3,625 bis 4, Montreal 100%, Sofia 72, Japan 48,42.

Aufwertung von Eisenbahnfrachtenkautionen. Bei den früheren Staatsbahnenverwaltungen und später bei der Deutschen Reichsbahn sind in der Vor- und Nachkriegszeit zahlreiche Sicherheiten für Fracht und Güter sowie andere Ansprüche der Bahn von den Verfrachtern hinterlegt worden. Zwischen Reichsbahn und Verfrachtern hat sich nach Stabilisierung der Währung ein lebhafte Streit darüber entsponnen, ob die Bahn verpflichtet ist, das Geld unter entsprechender Aufwertung zurückzuzahlen. Die Reichsbahn selbst bestreitet dies, und es haben daher, da es sich meist um recht respektable Beträge handelt, schon mehrere Prozesse hierüber geschweigt, deren Ergebnisse verschieden waren. Nunmehr hat sich der Verein Deutscher Spediteure der Angelegenheit angenommen und will nochmals den Versuch machen, bei der Bahn eine angemessene Aufwertung durchzusehen. Der Verein Deutscher Spediteure empfiehlt den Zusammenschluß und eine gemeinsame Klage sämtlicher betroffener Firmen; er will dieses gemeinsame Vorgehen gern vermitteln und bittet daher alle Firmen, die in der Zeit vor dem Kriege und bis zum 1. Januar 1920 bare Sicherheiten bei der Preußisch-Hessischen Staatsbahn oder bei einer anderen deutschen Staatsbahn hinterlegt und das Geld noch nicht oder erst nach dem 1. Januar 1920 in entwertetem Gelde zurückbekommen haben, sich unter Angabe folgender Punkte bei ihm zu melden: 1. Höhe der eingezahlten Sicherheit und Angabe des Datums, an dem die Einzahlung erfolgte; 2. Angabe der Bahnbehörde, die das Geld bekommen hat; 3. Angabe, wann etwas und wieviel davon zurückgezahlt ist; 4. Erklärung, ob die Firmen bereit sind, sich an einem Prozeß gegen die Bahn zu beteiligen.

- * Die deutschen Goldimporte aus Amerika. In der letzten Woche wurden, wie der „Praktische Amerikadienst“ meldet, weitere 7 500 000 Dollar Gold von der Federal Reservebank nach Deutschland zu gunsten der Deutschen Reichsbank transferiert.
- * Sächsische Gußstahlwerke Döhlen A.-G., Dresden. Der Banken-

gruppe, die bekanntlich das Aktienpaket der Firma Otto Mansfeld & Co. in Berlin (etwa 2,2 Millionen Reichsmark) übernommen hat, gehören die Deutsche Bank und die Dresdner Bank an. In einem Rundschreiben an die Kunden teilt der Alleininhaber der Firma Otto Mansfeld & Co., Paul Rohde, mit, daß mit Wirkung ab 1. Oktober dieses Jahres sämtliche Handels- und Fabrikationsbetriebe, nämlich die Otto Mansfeld & Co., Berlin, Otto Mansfeld & Co., Magdeburg, Otto Mansfeld & Co., Abt. Meteorwerk, Magdeburg-Südost, Otto Mansfeld & Co. G. m. b. H., Frankfurt a. M., Sächsische Gußstahlhandelsgesellschaft m. b. H., Dresden, Sächsische Gußstahlhandelsgesellschaft m. b. H., Filiale Frankfurt a. M., in den Besitz der Sächsischen Gußstahlwerke Döhlen übergehen. Mit dem genannten Zeitpunkte scheidet auch Herr Rohde aus dem Unternehmen aus. Geldforderungen und Geldverbindlichkeiten, soweit diese vor dem 1. Oktober von einer Seite erfüllt sind, sind von der Übernahme aufgeschlossen und werden von dem bisherigen Besitzer abgewickelt. Alle übrigen Rechte und Verbindlichkeiten werden von dem neuen Besitzer übernommen. Wie dem „D. O. D.“ von der Verwaltung der Vereinigten Stahlwerke A.-G. in Düsseldorf zu der Aktientransaktion auf Anfrage mitgeteilt wird, ist von ihr aus ein Erwerb dieser Aktien nicht beabsichtigt. Da die Aquila-Adler-Gruppe die Majorität der Sächsischen Gußstahlwerke Döhlen hält, scheint diese Erklärung an sich den Tatsachen zu entsprechen. Die Vereinigten Stahlwerke stehen aber in freundshaftlichem Verhältnis zur Aquila-Adler-Gruppe; es erscheint demnach nicht ausgeschlossen, daß die Aquila-Adler-Gruppe ihre Beteiligung an Döhlen durch Übernahme

Spritz- und Preßgießerei-Aktiengesellschaft, Hohenau. Nach dem Geschäftsjahr blieb im Geschäftsjahre 1925/26 der Jahresumsatz mit etwa 20 Prozent gegenüber dem vorjährigen Umsatz zurück. Die Verwaltung hat von einer Säillegung abgesehen, einerseits, um nicht noch die abriegelbliebene Kundenchaft zu verlieren, andererseits und hauptsächlich, um ihre Spezialarbeiter, die trotz allgemeiner Arbeitslosigkeit von anderer Seite sehr gesucht sind, behalten zu können. Man war sich von vornherein darüber klar, daß die Aufrechterhaltung des Betriebes unter den geschilderten Umständen für die Aktionäre ein Opfer mit sich bringen würde, jedoch glaubte man die Auslegung dieses Opfers verantworten zu können, weil nach wie vor die Ansicht bestehet, daß die Spezialität der

Gesellschaft, die Herstellung von Aluminiumspritzen, gewinnbringend sein wird, sobald die jewige allgemeine deutsche Wirtschaftslage behoben sein wird. Unter Berücksichtigung der Abschreibungen in Höhe von 82 585 Reichsmark ergibt sich ein Gesamtabverlust von 62 152 Reichsmark. Es wird vorgeschlagen, zur teilweisen Deckung des Verlustes den Reservesonds mit 9274 Reichsmark heranzuziehen und den Verlustrest in Höhe von 52 877 Reichsmark vorzutragen. Es wird von der Entwicklung des Geschäftes im neuen Jahre abhängen, welche weiteren Maßnahmen bezüglich des Gewinn- und Verlustkontos zu treffen sein werden. Der Vorstand kann zurzeit feststellen, daß eine Belebung des Umlaufes sichtbar ist.

* Kunstanstalt Egold & Siebling Akt.-Ges. in Grimmitshaus. Die Hauptversammlung genehmigte den Rechnungsausschluß für das Jahr 1925/26. Aus dem sich ergebenden Bruttoeinnahmen von 187 886 Reichsmark werden bekanntlich 7% Dividende auf die Stammaktien und 8% Dividende auf die Vorzugsaktien verteilt, dem Aktivreservefonds werden 7510 Reichsmark zugewährt und die restlichen 40 476 Reichsmark auf neue Rechnung vorgetragen. Der bisherige Direktor der Gesellschaft, Fritz Jahn, wurde dem Aufsichtsrat gewählt. Die Verwaltung des Unternehmens bezeichnete die Aussichten als günstig, nachdem sich der Geschäftsgang bereits in den letzten Sommermonaten zum Besseren gewendet habe.

Kospoth-Werke A.-G., Planen. Die Hauptversammlung beschloß die Umstellung des Grundkapitals von 1 Milliarde Papiermark auf 100 000 Reichsmark. Geschäftsbericht, Gewinn- und Verlustrechnung (ein Gewinn kommt nicht in Frage) wurden genehmigt und Aufsichtsrat wie Vorstand gegen die Stimme eines Kleinaktionärs Entlastung erteilt. Dem neu gewählten Aufsichtsrat werden angehören Richard Oft in Neuholm (Vdg. Malz), ferner Frau Vdg. in Neuholm, Justizrat Schuricht in Plauen und Friedrich Nörenberg in Wittenberg.

Oberlausitzer Sonderjahrblatt W.-O. in Löbau I. Sa. Das Unter-

nehmen hat im Geschäftsjahre 1925/26 fast die Hälfte des Aktienkapitals verloren. Bei 1 200 000 Reichsmark Aktienkapital beträgt der Verlust 611 710 (220 798) Reichsmark. Er wird zurückgeführt auf den geringen Buchgehalt der Bilanzen, welcher durchschnittlich 14,8 % (15,7 %) betrug, was die geringste Aussicht seit dem vierzigjährigen Bestehen der Firma ist, ferner auf vermehrte Betriebsunkosten, wobei darauf hingewiesen wird, daß das Unternehmen hinsichtlich der Lohnhöhe an erster Stelle in der Textilindustrie ganz Deutschlands steht, endlich auf die hohen Zinsen für große Bankschulden und die gedrückten Verkaufspreise. In der Bilanz erscheinen Wertpapierkonto mit 9080 (4558) Reichsmark, Debitoren mit 462 798 (671 282) Reichsmark, Kreditoren mit 27 938 (288 880) Reichsmark, Bankschulden mit 1 807 648 (782 080) Reichsmark, Vorräte mit 507 694 (725 655) Reichsmark, Beteiligungen mit 7850 (12 850) Reichsmark und Abschreibungen mit 78 128 (59 880) Reichsmark. Das unbefriedigende Geschäftsergebnis machte eine Sanierung des Unternehmens dringend notwendig, welche in der außerordentlichen Hauptversammlung vom 28. Juli 1926 beschlossen wurde. Die Verwaltung legt eine Bilanz vor, wie sie sich nach erfolgter Durchführung der Sanierung gestaltet. Darin erscheinen u. a. Debitoren mit 818 184 Reichsmark, Kreditoren mit 27 938 Reichsmark, Bankschulden mit 682 208 Reichsmark und Vorräte mit 506 908 Reichsmark.

* **Consolidiertes Braunkohlen-Bergwerk „Marie“** bei Ahnsdorf (Bez. Magdeburg). Die Hauptversammlung genehmigte den Abschluß per 30. Juni 1920. Von der Auschüttung einer Dividende wird Abstand genommen und der Reingewinn von 3726 Reichsmark auf neue Rechnung vorgetragen. Über die Gründe, die auch dieses Jahr wieder zu einer Dividendenlosigkeit geführt haben, führt der Aufsichtsratsvorsitzende aus, daß das abgelaufene Geschäftsjahr für die Gesellschaft sehr wenig lohnende Beschäftigung gebracht habe. Um mitteldeutschen Braunkohlenbezirk habe der Absatz der Rohkohle doch durch stark nachgelassen, daß nicht nur die allgemeine Wirtschaftslage sehr viel zu wünschen übrig lasse, sondern daß auch vor allem im Stahlfurier Gebiet schon seit Jahren eine absolute Stille herrsche, die sich sehr ungünstig auf das Unternehmen ausgewirkt habe. Die Rohkohlenförderung der großen mitteldeutschen Tagebauwerke habe auf den Abruf der Gesellschaft ungünstig eingewirkt. Unter diesen Umständen konnte im abgelaufenen Jahr kaum die Hälfte der normalen Leistungsfähigkeit erreicht werden. Wie aus den weiteren Ausführungen des Vorsitzenden noch hervorging, haben sich die Verhältnisse auch in den Monaten Juli, August und September dieses Jahres noch nicht gebessert und der Absatz läuft noch wie vor sehr viel zu wünschen übrig. Erst in der allerletzten Zeit sei es etwas besser geworden.

* Union Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft zu Berlin.
Die außerordentliche Hauptversammlung genehmigte den Ver-
schmelzungsvortrag mit der „Rhein-Versicherungs-A.-G.“
Köln a. Rhein". Hierauf geht das gesamte Vermögen der „Rhein“
unter Ausschluß der Liquidation mit Wirkung vom 1. Januar 1926
an die Union Allgemeine Versicherungs-A.-G. über, die ausdrücklich der
Fusion ihre Firma in „Union und Rhein-Versicherungs-A.-G.“ umändert.
Zwecks Durchführung der Fusion wurde be-
schlossen, das Grundkapital der „Union“ um 800 000 Reichsmark auf
2,4 Millionen Reichsmark herabzusehen und wiederum um 2 Mil-
lionen Reichsmark auf 4,4 Millionen Reichsmark zu erhöhen. Die
jungen Aktien sind ab 1. Januar 1926 dividendenberechtigt und mit
25% einzutragen. Sie sollen als Gegenleistung für die Über-
tragung des Vermögens des „Rhein“ auf die „Union“ in der Weise
verwendet werden, daß die Aktionäre des „Rhein“ zwei Rheinaktien
im Nennwerte von je 1000 Reichsmark oder 20 Rheinaktien im Nenn-
werte von je 100 Reichsmark gegen eine Aktie der „Union“ und
„Rhein“ im Nennwerte von 1000 Reichsmark umtauschen. Die Vere-
einigung erfolgt zur Erzielung größerer Wirtschaftlichkeit und zur
Kraftverstärkung. Sie ist dadurch vorbereitet, daß die Magdeburger
Feuerversicherungs-Gesellschaft, die zusammen mit der Berlinischen
Feuerversicherungsanstalt und der Württembergischen Feuerversiche-
rungs A.-G. die überwiegende Mehrheit der Aktien der „Rhein“ bes-
itzt, gemeinsam mit anderen Freunden im März 1926 die maßgebende
Mehrheit der Aktien der „Union“ erworben hat. Der Aufsichtsrat
der „Rhein“ tritt in den Aufsichtsrat der „Union und Rhein“ über.
Er setzt sich zusammen aus Kommerzienrat Dr. Springorum,
Generaldirektor Dr. Hahlacher, Direktor Lucas, Direktor Nordhoff,
Direktor Pferdmenges, Dr. Kaiser, Geschäftsinhaber der Disconto-
Gesellschaft Urbig und Kommerzienrat Bischowert. Aus dem Auf-
sichtsrat der „Union Allgemeine Versicherungs-A.-G. zu Berlin“ ist
Geschäftsinhaber der Disconto-Gesellschaft Schlieper ausgeschieden.
Der Geschäftsbetrieb bei der „Union Allgemeine Versicherungs-A.-G.“

* **Kamerun-Eisenbahn-Gesellschaft, Berlin.** Die Hauptversammlung genehmigte den bekannten Abschluß für 1925, der noch in Papiermark aufgestellt worden ist. Für die Umstellung auf Reichsmark ist der Gesellschaft, wie anderen Kolonialunternehmungen, seitens der Behörde noch Ausschub gewährt. Von der Verwaltung wurde mitgeteilt, daß der Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr sehr kurz gesetzt worden sei, und zwar einmal im Hinblick darauf, daß es sich um den Anfang des Wiederaufbaues handle und mit geschäftlichen Erfolgen naturgemäß nicht aufgewartet werden könne. Dementiend habe man auch darauf verzichtet, eine Gewinn- und Verlustrechnung vorzulegen. Auf der anderen Seite dürfe nicht übersehen werden, daß die Gesellschaft sich in einem fremden Lande betätige, dort stark exponiert sei und nicht wisse, ob man sich nicht unnötige Schwierigkeiten mache, wenn man von der Arbeit, bevor ein sicherer Erfolg nachzuweisen sei, zuviel Wesen mache. Diese Vorsicht hindere die Gesellschaft aber nicht, zu sagen, daß ihre Arbeiten, wenn sie sich auch nicht immer ohne Schwierigkeiten vollziehen, im wesentlichen programmäßig laufen und daß die Erwartungen, die man von Beginn an auf das neue Unternehmen gesetzt habe, auch noch heute bestehen. Der Aktionär Eick mache daraus aufmerksam, daß es sich heute um die erste Hauptversammlung einer Kolonialgesellschaft nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund handele. Es sei deshalb angebracht, in Konsequenz der Beschlüsse von Locarno und Genf darauf hinzuwirken, daß Deutschland wieder Kolonialbesitz erhalte. Die Verwal-